Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 1397 (neu)

Antrag

der Fraktionen der Bayernpartei, CDU/CSU, SPD, FDP, DP, WAV und des Zentrums

betr. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 44 des Grundgesetzes.

Der Bundestag wolle beschließen,
einen Untersuchungsausschuß einzusetzen.

In einem Presseorgan ist die Behauptung aufgestellt worden, es sei im Falle der Hauptstadtfrage Bonn - Frankfurt und bei anderen Angelegenheiten an Abgeordnete aller Fraktionen ein Betrag von insgesamt etwa 2 Millionen DM bezahlt worden. Außerdem wurden in dem Artikel einzelne Abgeordnete unter Andeutung der an sie bezahlten Beträge namentlich genannt.

Dieser schwere Vorwurf berührt die Ehre und die Stellung des ganzen Bundestages. Er macht die unverzügliche Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 44 des Grundgesetzes zur unabweisbaren Pflicht.

Bonn, den 5. Oktober 1950

Dr. Seelos und Fraktion
Ollenhauer und Fraktion
Dr. Mühlenfeld und Fraktion
Dr. von Brentano und Fraktion
Dr. Schäfer und Fraktion
Tichi und Fraktion
Frau Wessel und Fraktion

Druck: Buchdruckerei R. Madel, Bonn, Argelanderstraße 81
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Straße 30
und Wiesbaden, Nietzschestraße 1